

Mai zeitung 2022

Rüsselsheimer
Aktionsbündnis für
soziale Gerechtigkeit



Foto: ver.di

Aufrüstung ist keine Lösung

Der 1. Mai 2022 steht immer noch unter dem Eindruck des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges der russischen Führung auf die Ukraine. Der Krieg bringt Zerstörung und unsägliches Leid über die Menschen in der Ukraine, viele flüchten vor den Kämpfen. Noch während Klimakrise und Corona-Pandemie erlebt die Welt, erlebt Deutschland die dritte Krise historischen Ausmaßes. Und dies geschieht vor dem Hintergrund eines massiven Investitionsstaus bei der gesellschaftlichen Infrastruktur.

Droht der dritte Weltkrieg?

Der verbrecherische Krieg in der Ukraine hat eine Welle internationaler Solidarität ausgelöst. Sie gilt den Menschen in der Ukraine, den Opfern des Krieges, denen, die sich der Aggression entgegenstellen, den Geflüchteten und natürlich auch denen, die in Russland gegen den Krieg protestieren. Der Krieg der russischen Regierung ist durch nichts zu rechtfertigen und nicht entschuldbar.

Der Krieg in der Ukraine bringt die Welt an den Rand des dritten Weltkrieges, auch ein Atomkrieg ist nicht mehr ausgeschlossen. Ohne Frage, die Brutalität des russischen Angriffs macht hilflos. Doch gerade in dieser Situation ist es wichtig, allen Überlegungen zu widerstehen, die den Konflikt durch militärische Eskalation lösen wollen. Dauerhaften Frieden kann es nicht durch Krieg und militärische Aufrüstung geben, sondern nur

durch Gespräche der am Konflikt beteiligten Parteien.

Vor dem Hintergrund der fortbestehenden und zunehmenden atomaren Bedrohung, kann kaum von einer „Zeitenwende“ gesprochen werden, die zwingend militärische Aufrüstung erfordere. Nötig ist nach wie vor eine aktive Friedenspolitik mit dem Ziel, ein atomwaffenfreies Europa des Friedens und der Abrüstung zu schaffen, das sowohl die Ukraine als auch Russland einschließt.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde der Rüstungsetat im Bundeshaushalt kontinuierlich erhöht, inflationsbereinigt seit 2014 um mehr als 40 Prozent. Die jetzt geplante Einrichtung eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro ist bei genauer

Betrachtung nicht nachvollziehbar. Wie ist es möglich, dass plötzlich Milliardenbeträge für Kriegsgerät zur Verfügung gestellt werden können, während seit Jahren dringend benötigte Gelder, etwa für Bildung, Gesundheit oder Klimaschutz unter Verweis auf fehlende Mittel und die Schuldenbremse verweigert werden? Eine weitere Steigerung der Militärausgaben wird weder den Krieg gegen die Ukraine noch andere Kriege beenden oder verhindern.

Corona? – Klimakrise? – Soziale Gerechtigkeit? Da war doch was?

Der Krieg in der Ukraine ist heute das alles beherrschende Thema, drängt andere wichtige Themen an den Rand. Seit zwei Jahren beherrscht nun die Corona-Pandemie unseren Alltag. Schonungslos hat sie die Schwächen unserer Gesellschaft offengelegt. Der Sparkurs vergangener Jahre hat bewirkt, dass

Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas, Schulen und die gesamte öffentliche Infrastruktur auf eine Pandemie solchen Ausmaßes nicht vorbereitet waren. Arbeitnehmer*innen, weniger begüterte Menschen, Alte und Jugendliche traf die Krise am härtesten. Chancengleichheit? Das war gestern das offizielle Ziel, heute nimmt die Bildungsbenachteiligung massiv zu. Durch Corona wurde offensichtlich, dass die Löhne im Pflegebereich, in Krankenhäusern, in Kitas, Schulen und nicht zuletzt bei den Gesundheitsämtern skandalös niedrig sind und in keinem Verhältnis zur Leistung der Menschen stehen. Sonderzahlungen und leichte Verbesserungen bleiben weit hinter dem Notwendigen zurück.

Keine falschen Weichenstellungen!

Die Umweltkrise scheint fast vergessen. Um russisches Erdöl oder Gas zu ersetzen, sollen Atom- und Kohlekraftwerke länger

laufen, ökologisch bedenkliches fracking Gas verwendet werden und die ohnehin zu knappen Finanzmittel für den ökologischen Umbau der Gesellschaft zur Disposition gestellt werden. Doch nicht nur hier drohen falsche Weichenstellungen. Das Narrativ von der „Zeitenwende“ wird auch bemüht, um Energiepreissteigerungen und Inflation bei gleichzeitiger Lohnzurückhaltung im Dienste der „Wehrfähigkeit“ zu legitimieren. Ist es wirklich notwendig, „den Gürtel enger zu schnallen“ einen „naiven Pazifismus“ zu überwinden und Klimaziele zu relativieren? Das wäre fatal.

Die Forderung nach gutem Leben und guter Arbeit für alle und die ökologische Transformation der Gesellschaft dürfen ebenso wenig aufgegeben werden wie die Arbeit an einer friedlichen auf zivile Konfliktlösungen hin arbeitenden Welt. Militärische Logik darf unser Denken nicht beherrschen. Sie richtet Schaden an, lange bevor es Krieg gibt.



Die Waffen nieder!

Wir, der ver.di-Vertrauensleutestand der Stadt Rüsselsheim, protestieren entschieden gegen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und bekunden unsere Solidarität mit den Menschen, die dort um Heim und Leben fürchten.

Wir erklären unsere Solidarität auch denjenigen, die den Mut haben, in Russland gegen den Krieg auf die Straße zu gehen.

Wir fordern den sofortigen Abzug der russischen Truppen und das nationale Selbstbestimmungsrecht für alle Bevölkerungsgruppen.

Wir plädieren dafür, den vom Krieg betroffenen Menschen jedwede humanitäre Unterstützung zukommen zu lassen und Geflüchteten ohne Einschränkung Zuflucht zu gewähren.

Klar sprechen wir uns gegen einen weiteren Rüstungswettlauf aus. Den Versuch deutscher Politiker*innen, die Situation auszunutzen, um ein Aufrüstungsprogramm in nie dagewesenem Umfang aufzulegen, weisen wir zurück. Mehr Waffen machen die Welt nicht sicherer, sondern vergrößern die Wahrscheinlichkeit weiterer Kriege in der Zukunft.

Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Die Waffen nieder!

Beschlossen vom ver.di-Vertrauensleutestand bei der Stadt Rüsselsheim am 03.03.2022



1. Mai-Kundgebung Rüsselsheim - Löwenplatz Beginn 10.30 Uhr

Es sprechen:

Bernd Schiffler, DGB-Rüsselsheim

Horst Raupp DGB-Südhessen

Michaela Stasche - Patrick Butsch, ver.di Stadt Rüsselsheim

Rainer Mangler van Klev, Arbeitnehmer-Vizepräsident
Handwerkskammer Frankfurt Rhein-Main

Heinz-Jürgen Krug, Friedenstreff Rüsselsheim und Umgebung

Sanaa Boukayeo VKL-Opel Rüsselsheim

ab 13.00 Mai-Feier im Naturfreundehaus Rüsselsheim



Eine Haltungsfrage

(und damit ist nicht Stallhaltung gemeint...oder doch?)

Von Beginn der Pandemie an war die Umsetzung der allgemein gültigen Hygienemaßnahmen in den Kindertagesstätten ein ständiger Drahtseilakt mit enormem Kraftaufwand und eigentlich so gut wie unmöglich. Nach zwei Jahren mit sich ständig wechselnden Vorschriften, wechselnden Öffnungszeiten, Gefährdung der eigenen Gesundheit und dem Anspruch unter all diesen Bedingungen den Kindern noch einen guten Kitaalltag zu bieten, sind die Kolleg*innen psychisch und physisch ausgelaugt.

Auch ohne Corona sind schon an die 50 Fachkraftstellen unbesetzt, es gibt eine enorm hohe Krankheitsrate (z.B. auch durch Burnout) und dann wütete auch noch Omikron durch die Kitas und hinterließ eine Schneise aus Quarantäne und Coronaerkrankungen. Und trotzdem fühlte sich die Stadt Rüsselsheim als Arbeitgeberin zu keinem Zeitpunkt als verantwortlich angesprochen. Kein Wunder, dass viele Erzieher*innen über einen Berufs- oder Trägerwechsel nachdenken.

Und es geht noch weiter: Bis zum Jahr 2024 sollen an die 400 weitere Plätze allein im Ü3 Bereich in Rüsselsheim geschaffen werden. Woher das dafür benötigte Personal kommen soll, beantwortet niemand. Die Pandemie hat sehr eindrücklich gezeigt, wie schnell alle Verantwortlichen bereit sind, Standards und Qualität aufzugeben und die Einrichtungen zu reinen Betreuungseinrichtungen werden zu lassen. Mit dieser Haltung wird der Bildungsauftrag der Kitas zu Grabe getragen. Sollen pädagogische Inhalte zukünftig nur noch auf dem Papier stehen?

Leider ist das Thema Krieg auch in den Kitas angekommen und wird pädagogisch mit den Kindern aufgearbeitet. Soll so etwas zukünftig tatsächlich wegfallen? Die bisherige Qualität und die guten Standards können nur erhalten werden, indem gute Arbeitsbedingungen geboten und für ausreichend Personal gesorgt wird!

ver.di-Vertrauensleute aus den Rüsselsheimer Kindertagesstätten

AÖR Beschäftigte: immer noch Spielball der Politik

ver.di

Seit über 20 Jahren warten die Beschäftigten der AÖR (vorher Eigenbetrieb) auf die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Versprechungen wie Umsiedlung in die Alzeyer Straße oder neue Optionen mit „Rüsselsheim 2020“ waren politische Seifenblasen. Die alten Gebäude, mit nassen, schimmeligen Wänden, Sanitäranlagen in einem sehr schlechten Zustand, einer ständig reparaturbedürftigen Heizung, fehlende Unterstellmöglichkeiten für Fahrzeuge und Maschinen etc. haben die politischen Entscheidungsträger immer noch nicht dazu bewegt, endlich eine Entscheidung zu treffen, um mit einem Neubau beginnen zu können.

Die Leidtragenden sind die Beschäftigten, die für die Fehlentscheidungen der Politik und nun das

„Rumgeeier“ wiederum hingehalten werden. Verunsicherung und Ängste sind die Folgen von diesem Dilettantismus.

Wir erwarten professionelles Handeln der Politik. Die Mitarbeiter*innen halten auch während der Pandemie die „Städte am Laufen“. Die Daseinsfürsorge ist gewährleistet:

- Kanäle werden gespült (Ratten- dezimierung)
- Müllentsorgung aller Art
- Verkehrssicherung (Unfallvermeidung)
- Unterhaltung der Spielplätze (Gewährleistung der Sicherheit)
- Pflege des öffentlichen Grüns (Sicherheitsaspekte, Naherholungsnutzen)

Der marode Rüsselsheimer Wertstoffhof



Foto: Helga Roth

Aufwertung jetzt!

Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst hat begonnen

Die Arbeit der Beschäftigten in der sozialen Arbeit, in den Kitas, in den Betreuungsschulen und in der Schulsozialarbeit ist für unsere Gesellschaft immens bedeutend. Tagtäglich geben sie ihr Bestes, auch in der Pandemie. Doch es fehlt ihnen an geeigneten Arbeitsbedingungen, an ausreichend Personal und einer ordentlichen Bezahlung. Leider fehlen immer mehr Fachkräfte, obwohl die Gesellschaft sie doch so dringend braucht. Unsere Kolleg*innen in den Sozial- und Erziehungsdiensten haben keine Zauberkräfte, die unendlich reichen. Sie brauchen für ihre guten Leistungen auch gute Arbeitsbedingungen. Nur so lassen sich langfristig genügend Fachkräfte gewinnen, halten und junge Menschen für diesen Arbeitsbereich begeistern. Bereits in den Jahren 2009 und 2015 haben die Kolleg*innen in Aufwertungstarifrunden für bessere Arbeitsbedingungen gekämpft. Dabei wurden erste Verbesserungen erreicht, die aber längst nicht ausreichen. Jetzt gilt es erneut zu kämpfen.

Die erste Verhandlungsrunde verlief im Februar 2022 ergebnislos. Der

Arbeitgeberverband besaß die Unverfrorenheit, den Ukraine-Krieg als Argument zu missbrauchen: Durch den Krieg kämen auf die Kommunen Mehrkosten zu, sodass kein Spielraum bei den Gehältern wäre. Dass Arbeitgeber in jeder Tarifrunde auf klamme Kassen hinweisen, sind wir gewohnt – dass sie aber Kriegsflüchtlinge und deren Leid für die Tarifrunde missbrauchen ist geradezu widerlich!

Und auch ein Hohn: Denn wer kümmert sich um Geflüchtete, wer nimmt sie auf, berät sie im deutschen Papierdschungel, wer arbeitet mit Kriegskindern das Erlebte auf? Schon kurz nach dem Kriegs-



beginn mussten Erzieher*innen in den Kitas mit den Kindern die TV-Kriegsbilder aufarbeiten und auch dafür Sorge tragen, dass russischstämmige Kinder nicht ausgegrenzt werden.

Wir fordern für Sozialarbeiter*innen, Sozialpädagog*innen und Erzieher*innen höhere Gehälter und Entlastungstage für alle zum Ausgleich für die anspruchsvolle Tätigkeit. In Rüsselsheim sind wir startklar, um unsere Verhandlungsführer*innen zu unterstützen!



Foto: ver.di

Und täglich grüßt der Fachkräftemangel...

ver.di

Es ist nichts Neues. Es ist nichts Unbekanntes. Und trotzdem müssen wir, die ver.di Jugend Rüsselsheim, auch in diesem Jahr wieder darauf aufmerksam machen: Im Sozial- und Erziehungsdienst gibt es seit Jahren einen immensen Fachkräftemangel. Um die umfassenden Aufgabenbereiche im Sozial- und Erziehungsdienst abdecken zu können, brauchen wir qualifizierte Fachkräfte. Aber der Arbeitsmarkt ist leergefegt. Allein in den Kindertagesstätten der Stadt Rüsselsheim sind aktuell ca. 50 Vollzeitstellen unbesetzt. Zusätzlich wird auch die Pandemie ihre Spuren hinterlassen. Wer also seinen Bedarf abdecken und Qualität will, muss sich rechtzeitig selbst darum kümmern!

Und das ist das Problem. Mit Personalgewinnung tut sich die Stadt Rüsselsheim sehr schwer. Hier ein paar Zahlen:

- von 12 Stellen für das Anerkennungsjahr als Sozialarbeiter*in sind aktuell nur 2 besetzt,
- von 86 Stellen für die Ausbildung zur Erzieher*in sind aktuell nur 45 besetzt.

Trotz der hohen Anzahl an nicht besetzten Stellen, bewirbt unser Arbeitgeber nicht aktiv diese Plätze, sondern erwartet Eigeninitiative. Weder an den Universitäten, noch an den Fachhochschulen werden die Plätze zur Ausbildung im Sozial- und Erziehungsdienst ordentlich beworben. Zum Beispiel werden von mindestens 11 verschiedenen Arbeitsbereichen für das Anerkennungsjahr als Sozialarbeiter*in nur 5 öffentlich bekannt gemacht. Nochmal: Der Arbeitsmarkt ist leergefegt! Wenn man als Arbeitgeber ernsthaft daran interessiert ist, den Bedarf, den Ausbau und die Qualität der Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst aufrecht zu erhalten, muss ausgebildet werden!

Wir fordern die Rüsselsheimer Kommunalpolitik auf, sofort alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um alle zur Verfügung stehenden und dringend benötigten Plätze zur Ausbildung im Sozial- und Erziehungsdienst zu besetzen.

ver.di Jugend der Stadt Rüsselsheim

- Baumpflege (Sicherheitsaspekte)
- Friedhöfe (Gewährleistung von Bestattungen, Grünpflege)
- Winterdienst
- Wertstoffhof

Jetzt muss Politik liefern

Die Gewerkschaft ver.di hatte mit ihren Beschäftigten und tausenden von Bürger*innen für den Erhalt des Eigenbetriebes in Rüsselsheim gekämpft. Die interkommunale Zusammenarbeit war in dieser Betriebsform gut und günstig. Denn die zu zahlende Umsatzsteuer entfällt im Regie- und Eigenbetrieb.

Wird die AÖR jetzt rückabgewickelt, so erfolgt diese Einsicht spät. Der anstehende Prozess sollte aber nicht wieder auf dem Rücken der Beschäftigten ausgegossen werden.

Es steht an:

- Zurück in den Eigenbetrieb
- Erhalt aller Dienstleistungen für Rüsselsheim und Raunheim
- Erhalt der Arbeitsplätze
- Endlich eine Entscheidung zur Betriebsform und zum Standort
- Neubau auf dem jetzigen Gelände
- Wertschätzung der Beschäftigten

Wir haben genug von leeren Versprechungen.

Wir fordern endlich verantwortungsvolles Handeln!

*Ver.di Vertrauensleute
AÖR Rüsselsheim / Raunheim*



Kontakt/Ansprechpartner*innen:

Michaela Stasche (ver.di)
06142-832333

Bernd Heyl (GEW) 06152-1877471

Hans-Peter Greiner (KAB)
06142-46798

Ingrid Reidt
(Kath. Betriebsseelsorge)
06142-64104

Treffpunkt/Postadresse:

Haus der Kath. Betriebsseelsorge
Weisenauer Straße 31,
65428 Rüsselsheim

Druck:
Dorndruck, Raunheim

Stimme erheben für die Mitbestimmung! Und das mit Recht!



Mitbestimmung im Betrieb ist ein hohes Gut und geltendes Recht. Auch in diesem Jahr 2022 rufen Belegschaften turnusmäßig zur Betriebsratswahl auf. Doch auch wenn das Betriebsverfassungsgesetz die Wahl von Betriebsräten als unangefochten vorsieht, gestaltet sich die Praxis vielfach anders. Immer wieder wird seitens der Arbeitgeber die Gründung von Betriebsräten behindert oder blockiert. Immer weniger wissen zu schätzen, wie wichtig betriebliche Mitbestimmung besonders in den gegenwärtigen Umbruchzeiten ist.

Als Betriebsseelsorgerin beobachte ich diesen Trend mit großer Sorge, sehe tagtäglich im Kontakt mit aktiven Betriebs- und Personalräten, wie unerlässlich diese Arbeit für die Menschen aber auch gesellschaftlich ist und wie gut es ist, dass sich Männer und Frauen bereiterklären, erneut oder erstmals für den Betriebsrat zu kandidieren.

Mit Betriebsrat besser dran

In einer Online-Veranstaltung am 10. März haben wir daher nochmal ganz bewusst die Stimme für die Mitbestimmung erhoben. Engagierte Betriebsrät*innen und Gewerkschafter*innen haben ihre Stimme abgegeben und ausgesprochen, was ihnen wichtig ist und warum sie sich engagieren:

- „Es braucht den Betriebsrat als Bindeglied zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen, der sich auch mal mutig dazwischen stellt“, sagt Manuela Awizus, ehemalige Betriebsrätin von real Groß-Gerau, der jetzt ein Edeka-Markt wird. Sie habe am eigenen Leib erfahren, wie wichtig ein Betriebsrat ist, damit eine Übernahme einigermaßen sozialgerecht von statten geht.
- Aus seiner Erfahrung als Personalratsvorsitzender der Kreis Sparkasse Groß-Gerau fasst Karl Norbert Merz zusammen, wie er Arbeitnehmervertreter erlebt: Sie wirken als „Psychologen“, die sich mit den Nöten der Mitarbeitenden befassen, als „Diplomaten“ in Verhandlungen und als „Informationsgeber“ für die Beschäftigten. „Viele sind Multitalente, die an ihren Aufgaben wachsen“, stellt er fest. Wichtig ist für ihn, ein „Wir-Gefühl“ zu erzeugen, den Blick über den persönlichen Tellerrand hinaus zu lenken.
- Gerechtigkeitssinn, ein Gespür für Schieflagen, der Wille, für andere einzustehen, dies sind Eigenschaften, die Matthias Tieszen, Betriebsratsvorsitzender von Siemens Energy, Ffm ergänzt. „Am meisten sind Betriebsräte gefordert, wenn es schwierig oder gar bedrohlich wird.“ Nachdem seiner Firma 2018 die Schließung drohte, ist er froh, zurzeit von „stabilen Verhältnissen“ berichten zu können.

Die Belastung auf den Schultern von Betriebsräten ist dabei nicht zu verkennen: „Im Extremfall werden ganze Betriebsräte ins psychische Aus getrieben“, sagt Horst Gobrecht, Fachbereichssekretär bei ver.di Südhessen. Viele Mitglieder im Bereich Handel – der Großteil von ihnen Frauen – seien am Ende ihrer Kraft.

- Davon weiß auch Katja Deusser, ver.di-Sekretärin und ehem. Schleckerbetriebsrätin ein Lied zu singen. Umso wichtiger sei es, gemeinsam skandalöse Verhältnisse an die Öffentlichkeit zu bringen und ein Publikum zu erreichen, das womöglich die Kraft hat, Solidarität zu organisieren und wenn nötig, für die Mitbestimmung auf die Straße zu gehen.
- Das bestätigt auch Ercan Kaya, Betriebsratsvorsitzender von Donges steeltec GmbH Darmstadt: „Eine wesentliche Aufgabe des Betriebsrats ist es, immer wieder auf der Mitbestimmung zu beharren und gewissermaßen als „Betriebspolizei“ für die Rechte der Arbeitnehmer einzutreten.“

Der Einsatz für die Mitbestimmung ist unverzichtbar! Ohne die Betriebsräte – und die Gewerkschaften im Hintergrund – wären viele Arbeitnehmer verloren, besonders in prekären Arbeitsverhältnissen. Diese branchenübergreifende Geschlossenheit macht mir als Betriebsseelsorgerin Mut. Es braucht unsere Stimmen für mehr Mitbestimmung.

Denn, so fasst es Ulrike Obermayr, 1. Bevollmächtigte der IG-Metall Darmstadt trefflich in ihrem Statement zusammen: „Mit Betriebsrat ist Mensch und Betrieb besser dran.“

Ingrid Reidt, Kath. Betriebsseelsorge Rüsselsheim/Südhessen

Erfolg für die IG Metall

Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen bei Opel Rüsselsheim Ende März erzielte die Liste der IG Metall einen eindrucksvollen Vertrauensbeweis. Bei einer Wahlbeteiligung von 66,4 Prozent erhielt sie 91,7 Prozent der Stimmen.

Sonntag bleibt Sonntag Rüttelt nicht am Ruhetag!

Seit dem 3. März des Jahres 321 ist der Sonntag arbeitsfreier Tag – im Prinzip jedenfalls. Dieses Kulturgut hat es in unserem Land bis ins Grundgesetz geschafft. „Heilige Tage“ – also Tage, die dem Wohl des Menschen vorbehalten sind – kennen auch andere Traditionen. Aber der Konsens ist brüchig. Versuche, den Sonntagsschutz aufzuweichen oder gleich ganz zu entsorgen, nehmen seit Jahren zu und vorläufig kein Ende, allen Gesetzesvorschriften und Gerichtsurteilen zum Trotz. Zuletzt musste die Corona-Epidemie dazu herhalten, Arbeitszeitregelungen wie den Umfang der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit und eben den freien Sonntag anzugreifen. Das geschieht durch lokale Interessenvertreter*innen ebenso wie durch Parteien und Wirtschaftsverbände.

leginnen und Kollegen geht, zeigt sich exemplarisch an den Beschäftigten im Gesundheitswesen. Für die meisten von Ihnen ist ein regelmäßig arbeitsfreier Sonntag ein Fremdwort. Im Dienst an kranken, behinderten und alten Menschen akzeptieren sie dies als notwendig. Mit der Ökonomisierung des Gesundheitswesens, Sparmaßnahmen und Personalabbau werden die Belastungen für viele aber unerträglich. So häufen sich bei den Versichertenberatern der Deutschen Rentenversicherung die Termine von Beschäftigten aus der Kranken- und Altenpflege, die vor-



Übergabe der Picknickdecke an den Bundesratspräsidenten Bodo Ramelow am 3. März 2022

Die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) setzt sich gemeinsam mit ver.di seit Jahren in der Allianz für den freien Sonntag gegen diese Bestrebungen zur Wehr. Zum 1700-jährigen „Jubiläum“ des freien Sonntags startete die KAB eine besondere Aktion. Um auf den Wert gemeinsamer arbeitsfreier Zeit hinzuweisen, entstand bundesweit die größte Picknickdecke der Welt. Auch die Rüsselsheimer KAB beteiligte sich mit einer eigenen Decke. Öffentlichkeitswirksam und symbolisch übergeben wurde die Decke am 3. März 2022 dem Bundesratspräsidenten Bodo Ramelow in Erfurt. In diesem Amt repräsentiert er die Bundesländer, die für die Einhaltung des Sonntagsschutzes und der Arbeitszeitvorschriften zuständig sind.

zeitig aus ihrem Beruf ausscheiden möchten – oder müssen. Von Seiten der Arbeitgeber scheint es trotz aller Klagen über Personalmangel wenig Bereitschaft zu geben, die Arbeitsbedingungen für ältere und eingeschränkte Kolleginnen und Kollegen so zu gestalten, dass sie ihren Dienst mit Freude und ohne Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit ausüben können.

Sonntagsschutz: kein Thema „nur für fromme Christinnen und Christen“ – er geht uns alle an!

Mehr Infos unter:

<https://allianz-fuer-den-freien-sonntag.de>
<https://www.kab.de/themen/politik/sonntagsschutz>

Wie sehr die Entgrenzung von Arbeitszeiten an die Substanz von Kol-

Hans-Peter Greiner, KAB Rüsselsheim

Dich schickt der Himmel...

Dich schickt der Himmel... wenn Du Kolleginnen und Kollegen zuhörst, die vor Sorgen nicht mehr weiter wissen...

Dich schickt der Himmel... wenn Du Dich engagierst für Gerechtigkeit und Menschenwürde am Arbeitsplatz und trotz Widerstand von „oben“ die Interessen der Arbeitnehmer*innen vertrittst!

Dich schickt der Himmel... wenn Du Dich einsetzt für den Erhalt von Arbeitsplätzen, für „gute Arbeit“!

Dich schickt der Himmel, wenn Du Mitbestimmung lebst, die zwar Recht ist, aber längst nicht selbstverständlich ist

Dich schickt der Himmel... wenn Du mit Wort und Taten zeigst: Für mich ist jeder Mensch mehr wert als alle Aktien, alles Geld oder Gold der Welt.

Dich schickt der Himmel... jeden Tag neu!

(Text: Martina Berndt-Hoffmann/Ingrid Reidt)

Deine Stimme für die Mitbestimmung – Betriebsseelsorge Südhessen

Globus Baumarkt in Rüsselsheim kündigt Betriebsratsmitglied Betriebsrat – dein gutes Recht ...

... das trifft zu, wenn nur das gesetzlich Garantierte gesehen wird. Doch in der betrieblichen Praxis ist verbrieftes Recht noch lange nicht anerkanntes Recht. So könnte der Umgang mit der Wahl von Betriebsräten in einem Konzern kaum unterschiedlicher sein als bei der Globus Holding GmbH & Co. KG. Als 2016 der Globus-Verbrauchermarkt auf dem Gelände des früheren Praktiker-Baumarktes und durch Übernahme zahlreicher Beschäftigter von Real in Rüsselsheim-Bauscheim entstand, war die Wahl eines Betriebsrates schon vorgesehen; selbst sein Büro wurde bereits beim Bau des Marktes eingeplant. Völlig anders beim 2017 entstandenen Globus-Baumarkt auf dem gleichen

Gelände, als dort zwei Jahre nach Eröffnung der Filiale sich die Initiative zur Wahl eines Betriebsrates regte. Sie wurde von vielen Seiten angefeindet, als ob es sich bei ihrem Vorhaben um etwas Sittenwidriges handeln würde.

Die Initiator*innen erhielten damals keine Mehrheit im Gremium. Das reichte der Geschäftsleitung offenbar als „Sieg“ nicht aus. Sie ließ fortan kaum eine Gelegenheit verstreichen, dem mit ver.di zusammenarbeitenden Betriebsratsmitglied Zoran Murgul das „Leben“ schwer zu machen. Im November letzten Jahres sah sie wohl ihre Chance gekommen, ihm fristlos zu kündigen. Angeblich soll er sich

bei der Kontrolle einer Beschäftigten beim Corona-Selbsttest nicht korrekt genug verhalten haben. Die wohl aufgrund der Pandemie äußerst spät angesetzte Güteverhandlung vor dem Darmstädter Arbeitsgericht brachte im Februar 2022 erwartungsgemäß keine Einigung. Wie sollte diese auch aussehen, kämpft Zoran Murgul doch für die Rückkehr sowohl an seinen Arbeitsplatz als auch in den Betriebsrat. Trotz der Kündigung hat er seine Kandidatur zu dem im April neu zu wählenden Gremium eingereicht. Das ist sein gutes Recht wie die Kündigungsschutzklage, die am 11. Mai verhandelt wird – auch wenn's manchen „stinkt“.

Horst Gobrecht



Motive aus der größten Picknickdecke der Welt

GeMAInsam sind wir stark – und jede*r ist dabei wichtig!

In diesem Jahr wollen wir am 1. Mai wieder geMAInsam kraftvolle Kundgebungen organisieren und für eine solidarische, eine mitbestimmte und gerechte und friedliche Zukunft kämpfen.

Egal wo und was du arbeitest – DU bist der wichtigste Teil unserer Arbeit. Zusammen mit dir setzen wir uns für anständige Arbeitszeiten, gerechte Bezahlung und sichere Arbeitsbedingungen ein. Wir kämpfen dafür, dass die ökologische Transformation auch sozial gerecht umgesetzt wird. Unser Ziel ist es, unseren Kindern eine lebenswerte Welt zu übergeben. Wir zeigen uns solidarisch mit unseren Kolleg*innen hier in Deutschland und den Arbeitnehmer*innen aus anderen Ländern. GeMAInsam setzen wir uns für Gute Arbeit in Rüsselsheim und der Region, bei Opel, der Stadtverwaltung Rüsselsheim und in den anderen Betrieben der Umgebung ein. Alle Beteiligten am diesjährigen 1. Mai sind sich darin einig, dass die drängenden Forderungen für eine gerechte und soziale Zukunft in der (Arbeits) Welt auf die Straße getragen werden müssen. Deshalb: Sei dabei!

Wir als Gewerkschaften stehen auch in unruhigen Zeiten für ein solidarisches und tolerantes Miteinander, ohne Ausgrenzung und Diskriminierung. GeMAInsam wollen wir in diesem Jahr daher wieder auf die Straße gehen und am Tag der Arbeit ein sichtbares Zeichen für Gerechtigkeit und Frieden, gegen den Krieg in der Ukraine und gegen Aufrüstung in unserem Land setzen.

Viele Bereiche unseres Lebens haben sich in den vergangenen Jahren besonders rasch verändert. Die Arbeitswelt steht vor großen digitalen, sozialen und ökologischen Aufgaben. Doch wir können sie mitbestimmen. Der Wandel muss aber gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet werden: sozial, ökologisch, demokratisch. Der DGB setzt sich für eine Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft ein, von der nicht nur einige profitieren, sondern alle. Dafür demonstrieren wir: Live und vor Ort.

Gewerkschafter*innen setzen sich nicht nur am 1. Mai füreinander ein. Bei uns wird niemand allein gelassen. Egal ob direkt im eigenen Betrieb oder solidarisch auf der Straße und bei Aktionen, wo wir uns seit Jahren für den höheren Mindestlohn und für gute Arbeitsbedingungen trotz Corona-Pandemie eingesetzt haben. Auch das wollen wir am 1. Mai – unserem Tag – mit euch zusammen als Erfolg verbuchen. Deswegen:

**SEI DABEI AM 1. MAI
in Rüsselsheim auf dem Löwenplatz!**



Perspektiven der Friedensbewegung



Zeiten des Krieges sind ein Zeichen für den Misserfolg der weltweiten Friedensbewegungen. Sie sollten aber zumindest Zeiten des Aufschwungs der Aktivitäten der Friedensbewegungen sein.

Das ist offenbar so, wenn ein Angriffskrieg vom strategischen Feind des „eigenen Lagers“ geführt wird. Wie jetzt bei der kriegerischen Aggression der russischen Regierung gegen die vom „Westen“ unterstützte Ukraine. Selbst wenn frau/man die covidfördernde Verschmelzung von Kölner Karneval und Friedensbeisammensein außen vor lässt, gab es hierzulande die größten Antikriegskundgebungen seit dem Krieg der USA und ihrer „Koalition der Willigen“ gegen den Irak 2003. Fragen müssen sich die Aktiven der Friedensbewegung, warum es solche Massendemonstrationen nicht 1999 beim NATO-Krieg gegen Jugoslawien, nicht beim über 20-jährigen Krieg gegen den Terror in Afghanistan, nicht beim Krieg gegen Libyen und den Kriegseinsätzen des NATO-Partners Türkei in seinen Nachbarländern gab. Allerdings auch nicht bei der russischen

Bombardierung der Stadt Grosny im Tschetschenienkrieg. Damals standen die tschetschenischen Islamisten auf der Liste terroristischer Organisationen der USA und Russland war quasi Verbündeter beim „Krieg gegen den Terror“. Und beim Irakkrieg hatte die eigene Regierung offiziell das „Mitkriegen“ verweigert – nur BND-Agenten lieferten den Raketen der USA Zielkoordinaten. Und die meisten Medien berichteten kriegskritisch. Eine Situation, analog zur jetzigen, in der es leichter fällt, seine berechnete moralische Empörung gegenüber der blutigen Aggression auf die Straße und in die Medien zu tragen, als wenn es gemäß der propagandistisch-medialen Vorgabe angeblich darum geht, ein neues Auschwitz auf dem Balkan zu verhindern und den dritten, vierten, fünften ... Hitler zu stoppen. Aktuelle Aufgabe der Friedensbewegung ist es, im Fall des Ukraine-Kriegs auf Waffenstillstand, Abzug der russischen Truppen und eine Verhandlungslösung zu drängen, die die berechtigten Sicherheitsinteressen aller beteiligten Staaten

und Menschen berücksichtigt. Und es gilt die Absurdität der beschleunigten eigenen Aufrüstung klarzustellen. Die hilft keinem einzigen Menschen in der Ukraine und in Russland, sie schafft keine zusätzliche Sicherheit in Europa. Mittelfristig ist es eine wichtige Aufgabe der Friedensbewegung, das Zusammengehen mit der Klimabewegung und der Willkommensbewegung für Geflüchtete zu verstetigen und die jetzt auf der Straße und bei Solidaritätsaktivitäten neu aktiv gewordenen Menschen zu kontinuierlicher Aktivität für friedensfördernde Verhältnisse zu motivieren.

Unser langfristiges Ziel:

*Imagine there's no countries
It isn't hard to do
Nothing to kill or die for
...
You may say I'm a dreamer
But I'm not the only one
I hope someday you'll join us
And the world will be as one*

Heinz-Jürgen Krug
für attac
Regionalgruppe
und Friedenstreff
Rüsselsheim



P.S.: Eine sinnvolle Sanktion gegen Putins Oligarchen wäre es, auf die seit mehr als 20 Jahren erhobenen Kernforderungen von attac zurückzugreifen: Steuerschlupflöcher und Schattenfinanzplätze schließen, Steuervermeidung einen Riegel vorschieben. Selbst auf die „Gefahr“ hin, dass dadurch auch die Oligarchen (hier Superreiche genannt) des „eigenen Lagers“ mitgetroffen werden.

**KRIEG
IST DER GRÖSSTE
KLIMAKILLER**



Gedanken zum Krieg



Ich und viele Frauen und Männer in meinem Umfeld reagieren mit Fassungslosigkeit und Gefühlen von Ohnmacht, Trauer oder auch Wut auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Die Suche nach schnellen Lösungen hat umgehend begonnen. Es wird viel diskutiert: um die Naivität der friedenspolitischen Konzepte; der Fehleinschätzungen des patriarchalen Diktators Putin und seiner nicht minder machtorientierten Verbündeten; über eine Zeitenwende, in der wir militärisch in der Nato eine neue Politik anstreben müssen, ganz im Sinne der Abschreckungspolitik der 70er und 80er Jahre in Deutschland. Nun, ich habe mich politisch sozialisiert auch durch die Frauen-Friedensbewegung und ich diagnostiziere nicht erst seit dem Angriff auf die Ukraine, den Putin mit (Zitat) „Tja, da muss die Schöne jetzt durch, dass ich sie mir nehme“ verglichen hat, eine fast parallele Entwicklung weltweit. Zum einen eine immer stärker werdende Frauenbewegung nicht nur in den westlichen Industrieländern, nein, gerade in Lateinamerika ist es gelungen sexualisierte Gewalt und Mord mit dem Begriff Femizid zu beschreiben, tausende von Frauen demonstrieren gegen die alltägliche Gewalt an Frauen und Mädchen. Mutige Afghaninnen setzten sich gegen die Gewaltherrschaft der Taliban mit vielen kreativen Ansätzen zur Wehr, prangern deren strukturelle und individuelle Gewaltherrschaft

an und fordern Konsequenzen der Weltgemeinschaft. In Russland demonstrieren Frauen und Männer gegen den Krieg und erklären ihre Solidarität mit den Ukrainer*innen. Gleichzeitig erstarken patriarchale Geschlechterstereotype, getragen von Religion, Parteien, Verbänden. Der starke Held, der männliche Krieger, der „Macht macht sexy“-Mann, die biologistischen Rollenzuweisungen, die immer stärker werdende Bestimmung über den weiblichen Körper- vom Abtreibungsverbot selbst nach Vergewaltigung bis hin zur Ausgrenzung von Frauen und Mädchen von Bildung und eigenständiger Existenzsicherung. Der Antifeminismus dient mittlerweile auch zur Begründung der Zeitenwende, so wird doch die „feministisch geprägte Außenpolitik“ ursächlich für die Verweichlichung und Schwäche der westlichen Staaten gesehen. Diesem Begründungszusammenhang stelle ich entgegen: Kriege kennen nur Verlierer*innen. Eine konstruktive Friedens- und Außenpolitik muss sich an den Bedürfnissen der Zivilgesellschaften, an den gleichwertigen Lebensbedingungen von Frauen und Männern orientieren, nicht an territorialen Machtansprüchen und Grenzen.

Carmen Größ
Frauenzentrum Rüsselsheim

Corona – Arbeitswelt – Gesundheitsschutz

Informations- und Diskussionsveranstaltung

28. April 2022, 19.00 Uhr

Das Haus der Kirche – Katharina von Bora,
Rüsselsheim, Marktstraße 7

Mit: Wolfgang Alles und betroffenen
Kolleginnen und Kollegen

Moderation: Ingrid Reidt und Bernd Heyl

Bedingt durch die Corona-Pandemie werden Verletzlichkeit, Krankheit und Tod in einer Breite diskutiert, die in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands einmalig ist.

Die Weltgesundheitsorganisation definierte Gesundheit bereits 1946 als einen „Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens“ und das Arbeitsschutzgesetz von 1996 schreibt einen präventiven, ganzheitlichen Gesundheitsschutz für die gesamte Arbeitswelt vor. Die auf diesen Regeln fußende SARS-CoV-2 Arbeitsschutzverordnung „dient dem Ziel, das Risiko einer Infektion mit dem Coronavirus ... bei der Arbeit zu minimieren“. Trotz ihrer eindeutigen Regelungen sieht die Wirklichkeit meist anders aus. Ein Dschungel von Verordnungen und Vorgaben irritiert und oft werden Infektionsschutzmaßnahmen einfach umgangen. In einem einführenden Statement spricht Wolfgang Alles zu den Möglichkeiten von Gewerkschaften und Betriebsräten aktiv zu werden. Kolleg*innen aus Schulen Kitas Verwaltung und Betrieben haben die Möglichkeit, ihre Erfahrungen vorzutragen. Wir gehen der Frage nach, wie in allen Bereichen der Arbeitswelt perspektivisch ein besserer Gesundheitsschutz gewährleistet und durchgesetzt werden kann.

Veranstalter:

DGB Ortsverband Rüsselsheim, ver.di Vertrauensleute bei der Stadt Rüsselsheim, GEW Kreisverband Groß-Gerau, Ev. Dekanat Groß-Gerau Rüsselsheim, Katholische Arbeitnehmerbewegung, Katholische Betriebsseelsorge Rüsselsheim/Südhessen, Südhessisches Bündnis „Gemeinsam gegen Altersarmut von Frauen“, Arbeit und Leben Südhessen